

BPTK-FOKUS

Corona-Pandemie: Psychische Folgen für Kinder und Jugendliche

Die Corona-Pandemie gefährdet die psychische Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Jedes dritte Kind war während der Kita- und Schulschließung psychisch belastet. Vor der Pandemie war es nur jedes fünfte Kind.

Besonders Kinder aus armen Familien betroffen

Die Pandemie verstärkte soziale Ungleichheiten. Geringes Einkommen und niedrige Bildung der Eltern erhöhten die Wahrscheinlichkeit psychischer Beschwerden und Erkrankungen durch die Pandemie. Kinder und Jugendliche litten vor allem unter den Kontaktverlusten und dem Wegfall von Tagesstruktur. Außerdem führte die Pandemie zu häufigeren Konflikten innerhalb der Familie. Damit haben vor allem Kinder und Jugendliche unter den Corona-Einschränkungen zu leiden gehabt, die bereits unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen.

tagen durchschnittlich fast zwei Stunden (109 Minuten) mit digitalen Spielen. Das waren 31 Prozent mehr als im September 2019. Bei den sozialen Medien stieg die Nutzungsdauer im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten um knapp 20 Prozent auf über zwei Stunden (139 Minuten). Mittlerweile sind 4,1 Prozent aller 10- bis 17-Jährigen vom Computerspielen abhängig. Vor der Corona-Pandemie waren es noch 2,7 Prozent. Bei sozialen Medien erhöhte sich der Anteil der abhängigen Nutzer*innen von 3,2 auf 4,6 Prozent. Im Vergleich zu 2019 bedeutet das einen Anstieg um rund 50 Prozent beim digitalen Spielen und um rund 40 Prozent bei den sozialen Medien.

Zu wenig Bewegung, mehr Essstörungen

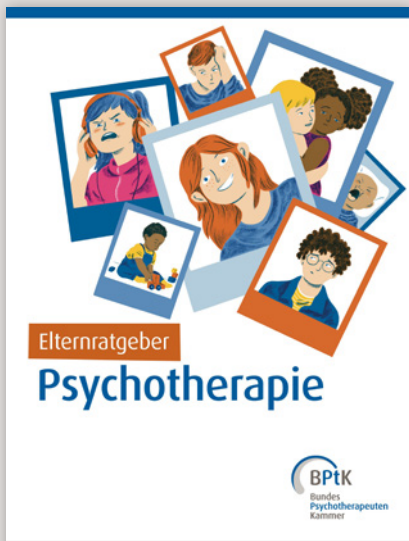
Die Corona-Pandemie führte dazu, dass Kinder und Jugendliche sich weniger bewegten und keinen Sport in Schule oder in Vereinen trieben. Deshalb mussten 2020 rund 60 Prozent mehr Kinder und Jugendliche wegen starkem Übergewicht in Krankenhäusern behandelt werden als im Vorjahr. Andererseits nahmen auch die stationären Behandlungen von stark untergewichtigen jungen Menschen um 35 Prozent zu. Ebenso erhöhte sich die Anzahl der Behandlungen von Essattacken mit anschließendem Erbrechen (Bulimie) und Magersucht um zehn Prozent.

Höheres Risiko für Gewalt gegen Kinder

Kinder und Jugendliche waren während der Corona-Pandemie auch einem höheren Risiko von Gewalt ausgesetzt. Durch Home-Office und Home-Schooling haben die Konflikte in den Familien zugenommen. Außerdem fielen Schulen, Kitas, Jugendzentren und Sportvereine als Schutzräume weg, in denen Pädagog*innen eingreifen können, wenn sie einen Verdacht auf Gewalt haben. So sind im Vergleich zum Vorjahr die Fälle sexueller Gewalt gegen Kinder um fast sieben Prozent gestiegen. Die Zahl der Kinder, die gewaltsam zu Tode gekommen sind, ist sogar um ein Drittel höher als im Vorjahr (Kriminalstatistik 2020).

Behandlungsbedarf stark gestiegen

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen haben im ersten Halbjahr 2021 deutlich mehr Kinder und Jugendliche behandelt als im ersten Halbjahr 2019. Sie rechneten um acht Prozent mehr Leistungen ab, wie eine Auswertung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung ergab. Im März 2021 lag die Zahl der Patient*innen sogar um fast ein Drittel höher als im vorpandemischen Zeitraum.



Elternratgeber „Psychotherapie“

Die BPTK veröffentlicht Anfang 2022 einen Elternratgeber „Psychotherapie“. Der Ratgeber richtet sich an Eltern, die sich Sorgen um die psychische Gesundheit ihres Kindes machen. Er soll sie über die Herausforderungen informieren, die Kinder je nach Alter zu meistern haben, und sie dabei unterstützen, die Probleme ihrer Kinder besser zu verstehen. Der Ratgeber soll Eltern auch dabei helfen, professionelle Hilfe zu finden, wenn sie allein nicht mehr weiterwissen.

Mehr Zeit online

Während der Corona-Pandemie hat die Dauer, die Kinder und Jugendliche für Computerspiele oder soziale Netzwerke wie Twitter, TikTok oder Instagram nutzen, erheblich zugenommen. Laut einer DAK-Studie verbrachten im Sommer 2021 Kinder und Jugendliche an Schul-

Neue Bundesregierung in der Pflicht

Die vierte Welle der Corona-Pandemie hat wieder zu einem massiven Anstieg der Infektionen geführt. Die Europäische Arzneimittelagentur empfiehlt, einen Impfstoff ab dem 5. Lebensjahr zuzulassen. Ab dem 13. Dezember sollen alle Kindern und Jugendlichen in Deutschland tatsächlich geimpft werden können. Dafür muss die neue Bundesregierung auch die Voraussetzungen schaffen.

Die neue Bundesregierung plant die monatelangen Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zu verringern. Mit einem „Zukunftspaket“ für Bewegung, Kultur und Gesundheit soll ferner auch die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Das Investitionsprogramm für Familien- und Jugendbildungsstätten soll fortgeführt werden. Zudem sollen Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen erhalten. Kinder von psychisch oder suchtkranken Eltern sollen unterstützt werden, der Kinderschutz soll gestärkt werden.

Die BPTK fordert insbesondere:

- **Kitas und Schulen offenhalten**
Kitas und Schulen sind für die psychische Gesundheit und Entwicklung unverzichtbar. Deshalb muss während der vierten Corona-Welle alles getan werden, um flächendeckende Schließungen von Schulen, Kitas, Sportvereinen und anderen Bildungseinrichtungen zu vermeiden. In Schulen und Kitas müssen umfassende Hygiene- und Schutzkonzepte umgesetzt werden und regelmäßige und kostenlose Tests zur Verfügung stehen.¹
- **Beratungsangebote ausbauen – Kinderschutz sicherstellen**
Leicht erreichbare Beratungsangebote der Jugendhilfe und der Frühe Hilfen für Eltern ab der Schwangerschaft und mit Kindern bis drei Jahre müssen ausgebaut werden. Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind häufig die ersten Anlaufstellen, wenn es in Familien Probleme gibt und Kinder psychische Beschwerden haben oder sich in Notlagen befinden. Außerdem

müssen Kinderschutzzentren flächendeckend ausgebaut und dauerhaft finanziert werden, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung schützen zu können.

- **Mehr psychotherapeutische Behandlungsplätze**
Es müssen mehr psychotherapeutische Behandlungsplätze geschaffen werden, um Kindern, die aufgrund der Corona-Pandemie psychisch belastet oder erkrankt sind, ohne monatelange Wartezeiten helfen zu können. Die neue Bundesregierung plant, die ambulante psychotherapeutische Versorgung „bedarfsgerecht, passgenau und stärker koordiniert“ auszubauen. Um aber während der Corona-Pandemie ausreichend Behandlungsplätze anbieten zu können, müssen kurzfristig zusätzlich mehr Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen ermächtigt werden. Die Länder sollten auf die Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen einwirken, mehr Behandlungsplätze für psychisch kranke Kinder und Jugendliche zu schaffen.
 - **Enquete-Kommission zur Kindergesundheit einrichten**
Kinder haben das Recht darauf, gesund aufzuwachsen. Um allen Kindern die Möglichkeit zu geben, sich unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Einkommen der Familie gesund zu entwickeln, braucht es eine breite gesamtgesellschaftliche Strategie. Deshalb sollte eine Enquete-Kommission zur Kindergesundheit eingesetzt werden, an der auch Psychotherapeut*innen als Expert*innen für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beteiligt sind.
-
- ¹ Der Schutz von Kindern in der Pandemie wurde auch in einer Resolution auf dem 39. Deutschen Psychotherapeutentag bekräftigt www.bptk.de/wp-content/uploads/2021/11/Resolution-Keine-lee-ren-Versprechungen-Kinder-schuetzen.pdf
- ² Der 39. Deutsche Psychotherapeutentag hat hierzu eine Resolution verabschiedet: www.bptk.de/wp-content/uploads/2021/11/Resolution-Enquete-Kommission-zur-Kindergesundheit-einsetzen.pdf

